

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 14 (1934-1935)
Heft: 12

Artikel: Was will Berlin?
Autor: Sprecher, Jann von
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-157883>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Was will Berlin?

Von Jann von Sprecher.

Vierzehn Tage sind nun seit jenem denkwürdigen 16. März vergangen, der die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland und damit die offizielle Kundmachung einer bereits bestehenden Rüstung brachte, und des Willens, sie zu erhalten und auszubauen — einer Rüstung, die sowohl ihrer tatsächlichen Existenz als auch ihrem Umfang nach der Welt bereits — wenn auch nur mehr oder weniger genau — seit längerer Zeit bekannt war. Trotz dieser Kenntnis war aber die Überraschung, auch bei den Wissenden, denkbar groß. Daran mag nun gewiß die außerordentlich brüske Form der Verkündung und die lapidare, aber gerade deshalb um so alarmierendere Kürze der Fassung des Gesetzestextes — der alle Möglichkeiten offen läßt — nicht wenig Schuld tragen. Doch nicht darin liegt natürlich die wahre Ursache des Schreckens, der in und durch die europäischen Glieder fuhr — und der sich heute noch nicht gelegt hat —, sondern in der Tatsache, daß am 16. März der erste entscheidende Schlag gegen das Gebäude von Versailles geführt worden ist. Seit dem 16. März befindet sich dieses Gebäude in Abbruch, und die schon sichtbare Bresche ist breit; die gesamten militärischen Klauseln (Teil V) des Vertrages sind verschwunden und durch eine Lücke ersetzt, die, daran wird niemand zweifeln, sich früher oder später — durch Abbröckeln oder neue Stöße — erweitern wird.

Natürlich wäre die Lage anders, wenn die übrigen Vertragsmächte nun die in dem Instrument selbst vorgesehenen Sanktionen spielen lassen und versuchen würden, den Bestand des Vertrages zwangsweise wieder herzustellen. Proteste allein können — mir scheint: weder politisch noch rechtlich — genügen, weil eben diese bestimmten Sanktionen im Vertrag ausdrücklich vorgesehen sind, sodaß der Verzicht auf jenes vertragliche Mittel einer stillschweigenden Anerkennung des durch die Vertragsverletzung geschaffenen Zustandes verheißt ähnlich sieht. Ist aber erst einmal eine derart schwere Verletzung des Vertrages mehr oder weniger reaktionslos angenommen worden, so sind zugleich die übrigen Teile des Instrumentes berührt und damit eben das Gebäude in's Wanken gekommen.

Dabei ist die Verletzung des 16. März nicht einmal die erste. Polen hat sich schon lange einen — rechtlich, nicht politisch gewertet — ebenso

schwerwiegenden Bruch seiner vertraglichen Verpflichtungen geleistet, indem es die *Minderheitsabstimmungen* des Völkerbundsvertrages — Bestandteil des Vertrages von Versailles! —, an die es vertraglich gebunden war, eines schönen Tages für sich unverbindlich erklärte! Und die natürliche Folge des heutigen, zweiten und entscheidenden Schlages ist, daß durch ganz Europa, soweit es zu den Besiegten gehört, nun ein lebhaftes Raunen geht; die kleinen unter ihnen stoßen sich mit dem Arm und blinzeln sich zu, ohne natürlich den Gewaltstreich nun selbst nachzuahmen; soweit sind wir denn doch noch nicht! Andererseits sind unbestreitbar die kleinen — aber ebenso häßlichen — Geschwister von Versailles, *St. Germain* und *Neuilly*, von dem Schock nicht unversehrt geblieben; in den Kreisen, die sich dadurch — wenn auch einstweilen nur psychologisch — erleichtert fühlen, wird man sich des Satzes: „Kommt Zeit, kommt Rat“ wohl erinnern. Die Kleine Entente aber schließt sich wieder einmal — und zum wievielten Male? — ganz fest zusammen und droht, Frankreich stürzt sich so tief wie nur möglich in das problematische russische Glück, Mussolini aber macht einen fürchterlichen Lärm, der, so glauben wir, eher die Bedeutung hat, die abessinische Angelegenheit zu maskieren und weitere Truppen hiefür — scheinbar nur für Europa — bereitzustellen.

Aber eigentümlich: Wenn man doch wohl hätte erwarten sollen, daß der Gewaltstreich des 16. März 1935 das übrige Europa geschlossen anbieten und vereinigen würde — so ist diese Wirkung nicht eingetreten, sondern das Gegenteil. In der Reihe der Gegenspieler fehlen die *Polen*, fehlen aber — anscheinend — auch die *Engländer*. Es war interessant und oft komisch, zu betrachten, wie die Franzosen *Sir John Simon* klarzumachen suchten, daß sein *Berliner Besuch* nun vollends inopportun geworden sei — direkt rührend aber waren die Sekundantendienste, die man in einer gewissen Schweizer Presse tränenden Auges diesen Bestrebungen leisten zu müssen glaubte!

Die Engländer waren nun doch in Berlin. Das Resultat der Besprechungen ist allerdings — wenn auch nicht unerwartet — im Hinblick auf eine *Verständigung* der beiden Mächte einstweilen gleich Null. Darüber wird man sich klar sein müssen. Hingegen haben wohl die gegenseitigen und gegensätzlichen Standpunkte eine denkbar vollkommene Abgrenzung und Abklärung erfahren, und das bedeutet natürlich auch nicht wenig. Die Zukunft aber liegt, wohl nicht nur bis zur Konferenz von Stresa, völlig im Dunkeln. Eines nur weiß man seit dem 16. März: Deutschland ist wieder völlig gleichberechtigt und damit *Großmacht* geworden.

Aber was weiter? Was will Berlin? Diese Frage bewegte mich, als ich dieser Tage mich mit einem Manne besprechen konnte, der — obwohl nicht in amtlicher politischer oder diplomatischer Stellung — durch seine engen Beziehungen zu den höchsten politischen und parteiamtlichen Stellen Deutschlands wohl einer der genauesten Kenner der politischen Auffassun-

gen, unmittelbaren Absichten und Ziele der Wilhelmstraße — und des braunen Hauses — gelten kann:

„Die Bedeutung des 16. März liegt, das haben auch die Berliner Besprechungen bestätigt, darin, daß das Problem der allgemeinen Wehrpflicht Deutschlands aufgehört hat, einen Handelswert zu haben. Deutschland wird nicht mit sich markten lassen; diese Lebensfrage ist kein Handelsobjekt“, so ungefähr beginnt — deutlich genug — mein Informator. „Ich weiß nicht, ob Sir John Simon dies in seiner vollen Bedeutung erkannt hat, jedenfalls aber ist der Wille Deutschlands, hier nicht nachzugeben, dem Vordieselbewahrer Eden deutlich erkennbar bewußt geworden. Die beiden Besucher wurden von der Berliner Bevölkerung übrigens außerordentlich warm begrüßt; es war tatsächlich eine spontane und ehrliche Herzlichkeit; dafür aber haben die Engländer ein feines Gefühl.“ Und die Ergebnisse? „Jedenfalls insofern positiv“, lautet wieder die Antwort, „als Klarheit geschaffen wurde, daß die Zeit der Konzessionen um die Küstung vorbei ist.“ Wird Deutschland, frage ich, sich zum Beitritt zu einem kollektiven Sicherheitssystem mit Einschluß Rußlands überhaupt entschließen? „Eine Diskussion über diese Frage kommt für Deutschland erst dann in Betracht, wenn endlich Ordnung in Memel gemacht worden ist und die östlichen Minderheitenfragen befriedigt gelöst sind.“ Ich frage nach dem Verhältnis zu Polen. „Pilsudski ist die Garantie für unser gutes Verhältnis zu Polen; so lange er „und seine Obersten“ leben, wird sich hier nichts ändern; denn der Marschall hegt einen tiefen Haß gegen Rußland und sieht Polen's Unglück einzig vom Osten kommen. Gewiß sind die Gegensätze zu Polen nach wie vor groß; so haben wir allen Grund, uns über die Behandlung der deutschen Minderheiten zu beklagen; aber beide, Polen und Deutschland, drücken eben ein Auge zu; sie haben endlich eingesehen, daß sie sich nicht zu Feinden machen dürfen — zur Freude der Andern. — Sehr tief aber ist heute der Graben zwischen der Tschechoslowakei und Polen; die Tschechoslowakei befürchtet anscheinend die polnische Expansion, und die beschleunigte Annäherung Frankreichs an Rußland ist zu einem guten Teil durch die Prager Besorgnisse, die in Paris geltend gemacht wurden, hervorgerufen.“ —

Das Bestehen des sogenannten polnischen Korridors veranlaßt mich zu der Frage, ob die dadurch naturgemäß gegebene Spannung im Verhältnis zwischen Deutschland und Polen sich nicht doch auch heute störend bemerkbar mache. Ich verweise auf die nicht selten ausgesprochene Vermutung, wonach Polen gegebenenfalls einen weiter nordöstlich gelegenen Zugang zur Ostsee — statt des bestehenden Korridor's — beanspruchen könnte und daß, wie vielerorts behauptet wird, hierüber bereits eine deutsch-polnische Vereinbarung bestehe. Diese Vermutung wird mir nicht bestätigt; indessen äußert mein Informator, daß Litauen es auf die Dauer nicht unternehmen sollte, Unruhe sowohl in Memel, wie auch be-

züglichen Wilna's hervorzurufen, da dies sonst nicht ohne Folgen bleiben könnte

Mein Informator glaubt nicht, daß im Laufe der deutsch-englischen Besprechungen in Berlin deutscherseits Kolonialansprüche erhoben worden sind. „Natürlich freuen wir uns über so sympathische Stimmen, wie wir sie kürzlich aus Südafrika vernahmen“, — aber die Frage scheint nicht aktuell zu sein.

Die Frage, ob und in welchem Umfange die Aufrüstung auch auf die deutsche Flotte ausgedehnt werde, wird im Grundsatz verneint; es handelt sich, wie mein Informator bemerkt, heute nur darum, die 8 Linien- schiffe vollends durch moderne Kreuzer zu ersetzen, entsprechend den bereits bestehenden 3 Panzerkreuzern A, B und C, also mit 10,000 Tonnen Verdrängung. „Unsere heutigen Linien- schiffe sind nicht mehr gefechts- tüchtig, ein einziger, sitzender Schuß kann sie erledigen. Jeder Fachmann weiß das.“ — Werden auch Unterseeboote gebaut? . . . Die Frage wird nicht bejaht.

* * *

Was die weitere Entwicklung der Kirchenfrage betrifft, so ist wohl zu vermuten, daß in nicht zu ferner Zeit ein staatlicher Machtspruch erfolgt, obwohl die maßgebenden Stellen tatsächlich nur ungern eingreifen. Wir glauben zu wissen, daß bei der Erledigung dieses Problem's die neuheidnische Bewegung nichts zu gewinnen hat; hier ergäbe sich vielleicht eine gewisse Parallelität insofern, als, wie wir vermuten dürfen, von höchster katholischer Seite in nächster Zeit eine erneute Rundgebung gegen die Neuheiden zu erwarten ist. —

Die Glaubens- und Gewissensfreiheit in Österreich.

Von Kurt Aebi.

Im Januarheft dieser Zeitschrift hat Alwin Hausmann über die politische Lage in Österreich berichtet und am Schlusse seiner klaren Darstellung mit Recht bemerkt, daß die Überhandnahme des römischen Einflusses in Wien eine Erscheinung von weltgeschichtlicher Bedeutung ist, die auch uns Schweizer nicht gleichgültig lassen kann, und daß es sehr zu bedauern wäre, wenn der größte Teil unserer Presse diese zum Aufsehen mahnende Tatsache auch weiterhin mit Stillschweigen übergehen würde.

Die Ausführungen Hausmanns sollen im folgenden durch eine Darstellung der kirchlichen Machtpolitik Roms in Österreich ergänzt werden. In diesem Zusammenhange wird der Existenzkampf der österreichischen